

Kinder mit Behinderung

Inklusion: eine große Herausforderung

Für gemischten Unterricht muss noch etliches getan werden

Von Christian Packheiser

Landkreis

Ab kommendem Schuljahr sollen Eltern in Bayern selbst entscheiden, ob ihre behinderten Kinder in der Lage sind, anstelle einer Förder- eine Regelschule zu besuchen. Trotz ungeteilter Zustimmung zur Inklusion an Schulen kommt das Vorhaben für viele Pädagogen übereilt, weil es, wie sie sagen, an den Voraussetzungen fehle. Für die Umsetzung erwarten sie sich konkrete Richtlinien der Politik.

Aus Sicht von Konrad Lemnitzer, Direktor des Staatlichen Schulamts, ist die verstärkte Einbindung behinderter Kinder in den Regelunterricht nur in Zusammenarbeit mit bestehenden sozialen Institutionen möglich: „Es ist notwendig, dass Fördereinrichtungen vor Ort als Kompetenzzentren ausgebaut werden. Sie sind für den Integrationsprozess unverzichtbar.“ Bei der Zusammenarbeit in Kooperationsklassen oder im Rahmen des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD) hätten Institutionen wie Regens Wagner oder das Förderzentrum ihr unschätzbare Know-how unter Beweis gestellt. Doch müsse sich vor allem aufseiten der Schulen einiges ändern: „Wir brauchen speziell geschulte Lehrer.“

Noch skeptischer sieht es Christian Karlstetter, Leiter der Schloßbergschule: „Wir stehen vor großen Herausforderungen und drohen von den Ereignissen überrollt zu werden.“ Die Schulen seien weder personell noch räumlich vorbereitet. Da sich Lehrer in ihrer Aufmerksamkeit nicht teilen könnten, sei eine „ausreichende Personaldecke“ nötig, die sämtliche pädagogischen Inhalte und pflegerischen Dienste ermögliche. Konkret bedeute das, dass sich je nach Bedürftigkeit mindestens ein Lehrer und ein Betreuer in den betreffenden Klassen – deren Größe 20 Schüler nicht überschreiten dürfe – aufhalten müssten: „Wenn Kinder mit Betreuungsbedarf nicht angemessen beschäftigt werden, zieht der Unterricht an ihnen vorbei“, so Karlstetter. Dass die Förderzentren ausreichend Fachkräfte stellen können, bezweifelt er allerdings.

Auch beim Unterricht und den Gebäuden sei das erstrebenswerte Ziel der Inklusion mit den gegenwärtigen Mitteln kaum zu erreichen. Das Lernangebot müsse behindertengerecht umgestaltet werden: Zum Beispiel benötige ein blinder Schüler besonderes Anschauungsmaterial oder die Möglichkeit, mit Brailleschrift zu arbeiten, die auch Lehrer beherrschen müssen. Gleiches gelte für die Gebärdensprache. Außerdem müssten viele Schulen barrierefrei umgebaut sowie Pflögeräume eingerichtet werden. „Ich bin Befürworter der Integration. Aber die Pädagogen dürfen mit der Umsetzung nicht alleine gelassen werden“, so Karlstetter.

Mehr Kontakt in gemischten Klassen

Ulrich Hauser, Sozialpädagoge und Gesamtleiter von Regens Wagner in Holzhausen sagt: „Für uns ist wichtig, dass die Eltern die Wahlfreiheit haben.“ Es gebe viele Kinder mit Einschränkungen, die gut an einer Regelschule unterrichtet werden könnten. Die Erfahrung habe gezeigt, dass bei gemischtem Unterricht mehr Kontakt mit nicht behinderten Kindern zustandekommen kann. Es bestehe aber genauso die Gefahr, dass ein Schüler mit Einschränkungen in einer Regelklasse „vereinsame“. Andererseits dürfe Inklusion nicht zulasten der Kinder ohne Behinderung gehen.

Für Ursula Triller, Schulleiterin des Ignaz-Kögler-Gymnasiums (IKG), weist die Gesetzesänderung in die richtige Richtung. Aus ihrer Erfahrung wisse sie, dass alle Kinder gleichermaßen von Inklusion profitieren. Triller erinnert sich an einen Fall, als ein nahezu blindes Mädchen ihren Unterricht besuchte. Dadurch hätten alle Beteiligten einen anderen Zugang zur Wirklichkeit erfahren. „Man sollte die Integration behinderter Menschen nicht nur als Herausforderung, sondern als Chance begreifen, die den Horizont erweitert und positive Effekte auf das Sozialverhalten hat.“